GROSSE KREISSTADT EMMENDINGEN		SITZUNGSVORLAGE 0947/18	
Amt: Büro des Oberbürgermeisters - Justizariat / Sk		Datum: 08.02.2018	Az.:

Nr.	Gremium	TOP	Datum	Beratungsziel	Protokollverm.	Status	SB	Ja	Ne	Eh
1	Ortschaftsrat Mundingen		28.02.2018	Vorberatung		öffentlich				
1	Ortschaftsrat Maleck		05.03.2018	Vorberatung		öffentlich				
1	Ortschaftsrat Windenreute		05.03.2018	Vorberatung		öffentlich				
1	Ortschaftsrat Wasser	2	05.03.2018	Vorberatung		öffentlich				
1	Ortschaftsrat Kollmarsreute		05.03.2018	Vorberatung		öffentlich				
1	Hauptausschuss		08.03.2018	Vorberatung		öffentlich				
1	Stadtrat		20.03.2018	Entscheidung		öffentlich				

1. Betreff:

Neufassung der Friedhofsordnung

kurze Begründung öffentlich/nicht-öffentlich:

Da keine Interessen Dritter berührt sind, erfolgt die Beschlussfassung öffentlich.

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die neue Friedhofsordnung zum 01.04.2018 und hebt die alte Satzung auf.

Verfasser:	Abteilung:	OB-Büro SK	FBI 1:	FBI 2:	FBI 3:	FBI 4:	Oberbürgermeister:
------------	------------	------------	--------	--------	--------	--------	--------------------

Sachverhalt:

Die Stadt Emmendingen hatte bislang das Stadtgebiet in Bestattungsbezirke aufgeteilt. Dadurch war festgelegt, dass die Einwohner der Ortschaften auf dem jeweiligen Ortschaftsfriedhof bestattet wurden, wobei die Ortschaft Wasser dem Bergfriedhof als Bestattungsort zugewiesen war.

Diese Bestattungsbezirke werden in der neugefassten Satzung erstmalig vollständig aufgehoben. Danach können die Einwohnerinnen und Einwohner ab sofort frei entscheiden, auf welchem Emmendinger Friedhof (Bergfriedhof, Mundingen, Maleck, Kollmarsreute oder Windenreute) sie bestattet werden wollen.

Die Auflösung der Bestattungsbezirke ist auch dem Wunsch nach unterschiedlichen Bestattungsarten geschuldet, die nicht auf allen Friedhöfen angeboten werden.

Die Friedwiese befindet sich bislang bspw. in Kollmarsreute. Die Ortschaft Mundingen will ab sofort auf dem Mundingener Friedhof ein gärtnerbetreutes Grabfeld anbieten, so dass diese Grabform nun auch in die Satzung aufgenommen wurde. Die Einrichtung weiterer gärtnerbetreuer Grabfelder auf anderen Friedhöfen ist bereits in Planung. Voraussetzung hierfür ist jeweils ein öffentliches Interessenbekundungsverfahren und anschließend die Vergabe einer Dienstleistungskonzession. In Mundingen war die Genossenschaft badischer Friedhofsgärtner einziger Interessent und hat die Konzession erhalten.

Für viele ältere Einwohnerinnen und Einwohner ist es neben der Bestattungsart auch wichtig, dass Sie den Friedhof gut erreichen und dieser gut zu begehen ist. Deshalb ist eine weiterhin hohe Nachfrage am Friedhof Kollmarsreute zu erwarten, den schon jetzt viele Ältere wegen seiner guten Erreichbarkeit und seiner ebenerdigen Lage schätzen. Die Stadt hat sich zwar im rückwärtigen Bereich des Friedhofs Kollmarsreute Erweiterungsfläche gesichert. Ob diese Fläche allerdings als Friedhof wegen der Bodenbeschaffenheit und dem Grundwasserstand geeignet ist, ist fraglich. Für den Fall, dass Kollmarsreute vollständig belegt wäre, müssten die Einwohner/innen aus Kollmarsreute und alle anderen auf die benachbarten Friedhöfe ausweichen.

Neben der Aufhebung der Bestattungsbezirke und der neuen Grabform „gärtnerbetreutes Grabfeld“ wurden im Übrigen nur marginale Änderungen aufgrund des Satzungsmusters des Gemeindetages aus 2015 vorgenommen. Die Änderungen sind aus beiliegender Synopse ersichtlich.

Friedhofssatzung	Neue Fassung	Alte Fassung
§ 1 Allgemeines	1. Die Stadt Emmendingen unterhält die nachfolgenden Gemeindefriedhöfe als öffentliche Einrichtung: a. Emmendinger Bergfriedhof b. Friedhof Kollmarsreute	1. Die Stadt Emmendingen unterhält die nachfolgenden Gemeindefriedhöfe als öffentliche Einrichtung: a. Emmendinger Bergfriedhof b. Friedhof Kollmarsreute

	<p>c. Friedhof Maleck d. Friedhof Mundingen e. Friedhof Windenreute</p> <p>-----</p> <p>2. Die Friedhöfe sind eine öffentliche Einrichtung der Stadt Emmendingen. Sie dienen der Bestattung verstorbener Gemeindeglieder und der in der Gemeinde verstorbenen oder tot aufgefundenen Personen ohne Wohnsitz oder mit unbekanntem Wohnsitz Verstorbener sowie für Verstorbene, für die ein Wahlgrab nach § 12 zur Verfügung steht. In besonderen Fällen kann die Stadt eine Bestattung anderer Verstorbener zulassen. Der Friedhof dient auch der Bestattung von Totgeburten, Fehlgeburten und Ungeborenen, falls ein Elternteil Einwohner der Stadt Emmendingen ist.</p> <p>3. Soweit nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften über die Bestattung auch für die Beisetzung von Aschen.</p>	<p>c. Friedhof Maleck d. Friedhof Mundingen e. Friedhof Windenreute</p> <p>2. Das Stadtgebiet wird in Bestattungsbezirke eingeteilt.</p> <p>3. Die Bestattungsbezirke der Friedhöfe umfassen das Gebiet der Stadt Emmendingen vor der Gebietserweiterung durch den Anschluss der Umlandgemeinden im Rahmen der Ortschaftsverfassung und das jeweilige Gebiet folgender Stadtteile der Stadt Emmendingen: Kollmarsreute, Maleck, Mundingen, Windenreute. Die Ortschaft Wasser ist dem Bestattungsbezirk der Kernstadt (Bergfriedhof) zugeordnet.</p> <p>4. Die Verstorbenen werden auf dem Friedhof des Bestattungsbezirks bestattet, in dem sie zuletzt ihren Wohnsitz hatten. Etwas anderes gilt, wenn</p> <p>a. ein Nutzungsrecht an einer bestimmten Grabstätte auf einem anderen Friedhof besteht.</p> <p>b. Eltern, Kinder oder Geschwister auf einem anderen Friedhof bestattet sind,</p> <p>c. der Verstorbene in einer Grabstätte ohne besondere Gestaltungsvorschriften beigesetzt werden soll oder solche Grabstätten auf dem Friedhof des Bestattungsbezirks nicht zur Verfügung stehen, der Verstorbene in einem anonymen Feld (Anonymgräber) beigesetzt werden soll.</p> <p>d. Soweit nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften dieser Satzung über die Bestattung auch für die Beisetzung von Urnen / Asche.</p> <p>e. Über Ausnahmen entscheidet die Friedhofsverwaltung.</p>
§ 2 Friedhofszweck	Entfällt (die nachfolgenden §§-Nummerierungen werden entsprechend	1. Die Friedhöfe dienen der Bestattung verstorbener Einwohner der Stadt

	angepasst)	<p>Emmendingen und in Emmendingen verstorbener Personen ohne Wohnsitz oder mit unbekanntem Wohnsitz.</p> <p>2. Verstorbene, die bei ihrem Ableben nicht in Emmendingen gewohnt haben, können bestattet werden, wenn insoweit Nutzungsrechte an einer Grabstätte bestehen.</p> <p>3. Ferner werden Personen unbeschadet ihres Wohnsitzes bestattet, dessen Verwandte 1. Grades Einwohner der Stadt Emmendingen sind.</p>
<p>§ 4 Verhalten auf den Friedhöfen</p>	<p>1. Jeder hat sich auf den Friedhöfen der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Die Anordnungen des Friedhofpersonals sind zu befolgen.</p> <p>2. Auf den Friedhöfen ist insbesondere nicht gestattet:</p> <p>a. Die Wege mit Fahrzeugen aller Art zu befahren, ausgenommen Kinderwagen und Rollstühlen sowie Fahrzeugen der Stadt Emmendingen und der für den Friedhof zugelassenen Gewerbetreibenden.</p> <p>b. Tiere mitzubringen, ausgenommen Blindenhunde. Ausgenommen hiervon ist das Mitführen von Blindenhunden.</p> <p>c. Während einer Bestattung oder einer Gedenkfeier dürfen in der Nähe keine Arbeiten ausgeführt werden. Auf dem Friedhof Tätige haben sich über Termine zu erkundigen.</p>	<p>1. Jeder hat sich auf den Friedhöfen der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten.</p> <p>2. Auf den Friedhöfen sind insbesondere die folgenden Regeln zu beachten:</p> <p>a. Friedhöfe werden nur in dem unbedingt notwendigen Umfang und in Schrittgeschwindigkeit mit Fahrzeugen der Stadt und der für den Friedhof zugelassenen Gewerbetreibenden befahren; außerdem ist eine Benutzung mit Kinderwagen und Rollstühlen gestattet. Andere Fahrzeuge (auch Fahrräder) dürfen auf Friedhöfen nicht fahren.</p> <p>b. Das Mitführen von Hunden auf dem Friedhof ist nicht gestattet. Ausgenommen hiervon ist das Mitführen von Blindenhunden.</p> <p>c. Während einer Bestattung oder einer Gedenkfeier dürfen in der Nähe keine Arbeiten ausgeführt werden. Auf dem Friedhof Tätige haben sich über Termine zu erkundigen.</p>

	<p>d. Den Friedhof und seine Einrichtungen und Anlagen zu verunreinigen oder zu beschädigen sowie Rasenflächen und Grabstätten unberechtigterweise zu betreten.</p> <p>e. Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern.</p> <p>f. Waren aller Art, insbesondere Kränze und Blumen, und gewerbliche Dienste anzubieten.</p> <p>g. Druckschriften zu verteilen.</p> <p>h. Ausnahmen können in besonderen Einzelfällen zugelassen werden, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofs und der Ordnung auf ihm zu vereinbaren sind.</p> <p>3. Gedenkfeiern auf dem Friedhof bedürfen der Zustimmung der Stadt Emmendingen. Sie sind spätestens 2 Tage vorher anzumelden.</p>	<p>d. Pflanzungen werden nicht und Grabstätten nur berechtigterweise betreten.</p> <p>e. Abfälle (Wert-, Rest- und kompostierfähige Stoffe) sind getrennt zu entsorgen.</p> <p>f. Waren aller Art, insbesondere Kränze und Blumen oder sonstige gewerbliche Leistungen werden nicht angeboten.</p> <p>g. Druckschriften werden nicht verteilt.</p> <p>h. Im Friedhofsbereich und in seiner unmittelbaren Nähe ist die Verursachung von Lärm untersagt, der die Friedhofsruhe stört, insbesondere - der Betrieb von Verstärkeranlagen, Lautsprechern oder anderen mechanischen oder elektroakustischen Geräten zur Lauterzeugung und Verstärkung - das Schießen mit Böllern, Gewehren, Kanonen und Pistolen und ähnlichen Geräten</p> <p>i. Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen. Ausnahmen können in besonderen Einzelfällen zugelassen werden, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofs und der Ordnung auf ihm zu vereinbaren sind.</p> <p>3. Gedenkfeiern auf den Friedhöfen bedürfen der Genehmigung der Stadt.</p>
<p>§ 5 Gewerbliche Betätigung auf</p>	<p>1. Bildhauer, Steinmetze, Gärtner und sonstige Gewerbetreibende bedürfen für Tätigkeiten auf den Friedhöfen der vorherigen Zulassung durch die</p>	<p>1. Bildhauer, Steinmetze, Gärtner und sonstige Gewerbetreibende bedürfen für Tätigkeiten auf den Friedhöfen der vorherigen</p>

<p>Friedhöfen</p>	<p>Stadt. Sie kann Umfang und Dauer der Tätigkeiten festlegen.</p> <p>2. Zugelassen werden nur solche Gewerbetreibende, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind. Die Gemeinde kann für die Prüfung der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit geeignete Nachweise verlangen, insbesondere dass die Voraussetzungen für die Ausübung der Tätigkeit nach dem Handwerksrecht erfüllt werden.</p> <p>Die Zulassung erfolgt durch Ausstellung eines Berechtigungsscheins; dieser ist den aufsichtsberechtigten Personen der Stadt auf Verlangen vorzuzeigen. Die Zulassung wird auf 3 Jahre befristet.</p> <p>3. Die Gewerbetreibenden und ihre Beauftragten haben die Friedhofsatzung und die dazu ergangenen Regelungen zu beachten.</p> <p>4. Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend und nur an den dafür bestimmten Stellen gelagert werden. Bei Beendigung der Arbeit sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in den früheren Zustand zu bringen.</p>	<p>Zulassung durch die Stadt, die gleichzeitig den Umfang der Tätigkeiten festlegt.</p> <p>2. Zugelassen werden nur solche Gewerbetreibende, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind. Die Gemeinde kann für die Prüfung der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit geeignete Nachweise verlangen, insbesondere dass die Voraussetzungen für die Ausübung der Tätigkeit nach dem Handwerksrecht erfüllt werden.</p> <p>3. Die Zulassung erfolgt durch Zulassungsbescheid. Die Zulassung ist alle drei Jahre zu erneuern.</p> <p>4. Die Gewerbetreibenden und ihre Bediensteten haben die Friedhofsatzung und die dazu ergangenen Regelungen zu beachten. Die Gewerbetreibenden haften für alle Schäden, die sie oder ihre Bediensteten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf den Friedhöfen schuldhaft verursachen.</p> <p>5. Unbeschadet § 4 c. dürfen gewerbliche Arbeiten auf den Friedhöfen nur während der von der Stadt festgesetzten Zeiten gem. § 3 durchgeführt werden.</p> <p>6. Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf den Friedhöfen nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht behindern. Bei Beendigung oder bei Unterbrechung der Tagesarbeit sind die Arbeits- und die Lagerplätze wieder in den früheren Zustand zu bringen. Die Gewerbetreibenden dürfen auf den Friedhöfen keinerlei Grünschnitt, Abfall, Abraum-, Rest- und Verpackungsmaterial ablagern. Gewerbliche Geräte dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen der Friedhöfe gereinigt werden. Grabsteine, Einfassungen und Grabplatten,</p>
--------------------------	---	--

	<p>5. Gewerbetreibende, die gegen die Vorschriften der Absätze 3 und 4 verstoßen, oder bei denen die Voraussetzungen des Abs. 2 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind, kann die Stadt die Zulassung auf Zeit oder auf Dauer zurücknehmen oder widerrufen.</p> <p>6. Das Verfahren nach Abs. 1 und 2 kann über einen Einheitlichen Ansprechpartner für das Land Baden-Württemberg abgewickelt werden; § 42 a und §§ 71 a bis 71 e des Landesverwaltungsverfahrensgesetze</p>	<p>die bei gewerblichen Arbeiten abgeräumt werden, sind vom Friedhof zu entfernen.</p> <p>7. Gewerbetreibende dürfen Friedhofswege nur mit dafür nach Größe und Gewicht geeigneten Kraftfahrzeugen (max. 3,5 t) befahren. Zugelassen ist nur der Transport von Verstorbenen zur Trauerhalle und – soweit notwendig – der Transport von Material und Gerät. Material- und Gerätetransporte sind unbeschadet § 3 von Montag bis Freitag (außer an Feiertagen) jeweils von 7.00 Uhr bis 17.00 Uhr gestattet.</p> <p>8. Gewerbetreibenden, die trotz schriftlicher Mahnung gegen die Vorschriften der Absätze 4 bis 7 verstoßen oder bei denen die Voraussetzungen des Abs. 2 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind, kann die Stadt die Zulassung auf Zeit oder auf Dauer durch schriftlichen Bescheid entziehen. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine Mahnung entbehrlich.</p> <p>9. Gewerbetreibende mit Niederlassung in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, die im Inland nur vorübergehend tätig sind, haben die Aufnahme ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof anzuzeigen. Die Gewerbetreibenden haben für jeden Bediensteten bei der Stadt einen Ausweis zu beantragen. Die Bedienstetenausweise sind dem Friedhofspersonal auf Verlangen vorzuweisen. Abs. 1 bis 4, Abs. 6 Satz 2 und Abs. 8 finden keine Anwendung. Das Verfahren nach Abs. 1 und 2 kann über einen Einheitlichen Ansprechpartner im Sinne des Gesetzes über Einheitliche Ansprechpartner für das Land Baden-Württemberg abgewickelt werden; § 42a und §§ 71a bis 71e des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes in der jeweils geltenden Fassung finden Anwendung. Ist über</p>
--	--	---

	s in der jeweils geltenden Fassung finden Anwendung.	einen Antrag nach Ablauf einer Frist von drei Monaten nicht entscheiden, gilt sie als erteilt. Ist über einen Antrag nach Ablauf einer Frist von 3 Monaten nicht entschieden, gilt sie als erteilt.
§ 6 Allgemeines	5. entfällt	5. Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, in begründeten Fällen Ausnahmen zu erteilen.
§ 7 Särge, Sargausstattung, Totenbekleidung	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Särge müssen fest gefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Austreten von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. 2. Für die Bestattung dürfen nur Särge einschließlich der Sargausstattung verwendet werden, die nach ihrer Beschaffenheit bei der Erdbestattung innerhalb der Ruhezeiten in ihre organischen Bestandteile zerfallen und dabei Bodenbelastungen nur in dem nach den Umständen unvermeidbaren Maß verursachen (z.B. Särge aus leicht verweslichem und geleimtem Holz). 3. Für die Totenbekleidung gilt Abs. 2 sinngemäß. 4. Die Särge dürfen höchstens 2,05 m lang, 0,70 m hoch und 0,75 m breit sein. 5. Bei Verstößen gegen die Bestimmungen der Absätze 1 - 4 kann auf Kosten des Auftraggebers für die Bestattung eine Umsargung verlangt bzw. angeordnet werden. 6. Bei Leichen, die in Metallsärgen überführt werden, kann die Stadt die Bestattung auf einem bestimmten Friedhof oder Friedhofsteil anordnen, wenn eine Umsargung in einen Holzsarg nicht möglich ist. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Särge müssen fest gefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Austreten von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. <p>Für die Bestattung sind zur Vermeidung von Umweltbelastungen nur Särge aus leicht abbaubarem Material (z.B. Vollholz) erlaubt, die keine PVC, PCP, formaldehydabspaltenden, nitrozellulosehaltigen oder sonstigen umweltgefährdenden Lacke und Zusätze enthalten. Entsprechendes gilt für Sargzubehör und -ausstattung. Die Kleidung der Leiche soll nur aus Papierstoff und Naturtextilien bestehen. Auch Urnen, die in der Erde beigesetzt werden, müssen aus leicht abbaubarem, umweltfreundlichem Material bestehen.</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. Die Särge dürfen höchstens 2,05 m lang, 0,70 m hoch und 0,75 m breit sein. Sind in Ausnahmefällen größere Särge erforderlich, ist die Zustimmung der Stadt bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen. 3. Bei Verstößen gegen die Bestimmungen der Absätze 1 - 2 kann auf Kosten des Auftraggebers für die Bestattung eine Umsargung verlangt bzw. angeordnet werden. 4. Bei Leichen, die in Metallsärgen überführt werden, kann die Stadt die Bestattung auf einem bestimmten Friedhof oder Friedhofsteil anordnen, wenn eine Umsargung in einen Sarg nach § 7 Abs. 1 nicht möglich ist.
§ 10 Allgemeines	1. Die Grabstätten sind Eigentum der	1. Die Bestattungsplätze sind Eigentum

	<p>Stadt als Friedhofsträger. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden.</p> <p>2. Auf den Friedhöfen werden folgende Arten von Bestattungsplätzen zur Verfügung gestellt:</p> <p>a. Erdreihengräber b. Erdwahlgräber (Einfach- und Tiefgrab) c. Urnenreihengräber d. Urnenwahlgräber e. Anonyme Grabstätten f. gärtnerisch gestaltete und gepflegte Grabfelder</p> <p>3. Art und Lage der Grabstätten kann grundsätzlich frei gewählt werden. Ein Anspruch auf Überlassung einer Grabstätte in bestimmter Lage sowie auf die Unveränderlichkeit der Umgebung besteht nicht. Ein Anspruch auf Unveränderlichkeit der Umgebung des Grabes besteht nicht.</p>	<p>der Stadt. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden.</p> <p>2. Auf den Friedhöfen werden folgende Arten von Bestattungsplätzen zur Verfügung gestellt:</p> <p>a. Erdreihengräber b. Erdwahlgräber (Einfach- und Tiefgrab) c. Urnenreihengräber d. Urnenwahlgräber e. Anonyme Grabstätten</p> <p>3. Art und Lage der Grabstätten kann grundsätzlich frei gewählt werden. Ein Anspruch auf Überlassung besteht insoweit, als Regelungen in dieser Friedhofsordnung oder andere sachliche Gründe nicht entgegenstehen. Ein Anspruch auf Unveränderlichkeit der Umgebung des Grabes besteht nicht.</p> <p>5. Die Friedhofsverwaltung kann in begründeten Fällen Abänderungen zulassen.</p>
<p>§ 11 Reihengräber</p>	<p>1. Reihengräber sind Grabstätten für Erdbestattungen, für die Bestattung von Fehlgeburten und Ungeborenen und für die Beisetzung von Aschen, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit zugeteilt werden. Eine Verlängerung der Ruhezeit ist nicht möglich. Verfügungsberechtigter ist – sofern keine andere ausdrückliche Festlegung erfolgt – in nachstehender Reihenfolge</p>	<p>1. Reihengräber sind Grabstätten für Erdbestattungen und die Beisetzung von Aschen, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit zugeteilt werden. Eine Verlängerung der Ruhezeit ist nicht möglich.</p>
<p>§ 12 Wahlgräber</p>	<p>1. Wahlgräber sind Grabstätten für Erdbestattungen, für die Bestattung von Fehlgeburten und Ungeborenen und die Beisetzung von Aschen, an denen ein öffentlich-rechtliches Nutzungsrecht verliehen wird. Das Nutzungsrecht wird durch Verleihung begründet. Nutzungsberechtigter ist die durch</p>	<p>1. Wahlgräber sind Grabstätten für Erdbestattungen und die Beisetzung von Aschen, an denen ein öffentlich-rechtliches Nutzungsrecht verliehen wird. Das Nutzungsrecht wird durch Verleihung begründet. Nutzungsberechtigter ist die durch die Verleihung bestimmte Person.</p>

	<p>die Verleihung bestimmte Person.</p> <p>7. Der Nutzungsberechtigte soll für den Fall seines Ablebens seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen. Dieser ist aus dem nachstehend genannten Personenkreis zu benennen. Wird keine Regelung getroffen, so geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten mit deren Zustimmung über:</p> <p>a. auf die Ehegattin oder den Ehegatten, die Lebenspartnerin oder den Lebenspartner</p> <p>b. auf die Kinder,</p> <p>c. auf die Stiefkinder,</p> <p>d. auf die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter,</p> <p>e. auf die Eltern,</p> <p>f. auf die Geschwister,</p> <p>g. auf die Stiefgeschwister,</p> <p>h. auf die nicht unter a. – g. fallenden Erben.</p> <p>Innerhalb der einzelnen Gruppen Nr. 7 b bis 7 g wird jeweils der Älteste nutzungsberechtigigt.</p>	<p>7. Der Nutzungsberechtigte soll für den Fall seines Ablebens seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen. Dieser ist aus dem nachstehend genannten Personenkreis zu benennen. Wird keine Regelung getroffen, so geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten mit deren Zustimmung über:</p> <p>a. auf den Ehegatten,</p> <p>b. auf die Kinder,</p> <p>c. auf die Stiefkinder,</p> <p>d. auf die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter,</p> <p>e. auf die Eltern,</p> <p>f. auf die Geschwister,</p> <p>g. auf die Stiefgeschwister,</p> <p>h. auf die nicht unter a. – g. fallenden Erben.</p> <p>Innerhalb der einzelnen Gruppen Nr. 7 b bis 7 g wird jeweils der Älteste nutzungsberechtigigt.</p>
§ 14 Auswahlmöglichkeiten	<p>1. Auf den Friedhöfen können Grabfelder mit allgemeinen und Grabfelder mit besonderen Gestaltungsvorschriften eingerichtet werden. Gärtnerisch gestaltete und gepflegte Grabfelder unterliegen den Bestimmungen für Grabfelder mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften (§15).</p>	<p>1. Auf den Friedhöfen können Grabfelder mit allgemeinen und Grabfelder mit besonderen Gestaltungsvorschriften eingerichtet werden.</p>
§ 16 Allgemeine Gestaltungsvorschriften	<p>1. Jede Grabstätte ist so zu gestalten und instand zu halten, dass sie der Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage entsprechen.</p>	<p>1. Jede Grabstätte ist so zu gestalten und instand zu halten, dass sie der Würde des Ortes entspricht und sich in das Gesamtbild des Friedhofs einordnet.</p>
§ 19 Standicherheit und Unterhaltung	<p>1. Grabmale und sonstige Grabausstattungen müssen auf Dauer stand- und verkehrssicher sein. Sie sind ihrer Größe entsprechend nach den allgemein anerkannten Regeln</p>	<p>1. Grabmale und sonstige Grabausstattungen müssen auf Dauer stand- und verkehrssicher sein. Sie sind ihrer Größe entsprechend nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu fundamentieren und zu</p>

	<p>der Technik zu fundamentieren und zu befestigen. Die Fundamentierung ist so auszuführen, dass beim Ausheben von Nachbargräbern, auch bei Tiefbettungen, die Standsicherheit nicht beeinträchtigt wird. Die Fundamente dürfen weder auf Nachbargräber noch auf Friedhofswege übergreifen. Stein, Sockel und Fundament sind ihrer Größe entsprechend miteinander zu verübeln. Grabmale und Grabeinfassungen dürfen nur von fachkundigen Personen (Bildhauer, Steinmetze) errichtet werden.</p> <p>3. Die Grabmale und die sonstigen Grabausstattungen sind dauern in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten und entsprechend zu überprüfen. Verantwortlich dafür ist bei Reihengrabstätten und Urnenreihengrabstätten der Verfügungsberechtigte, bei Wahlgrabstätten und Urnenwahlgrabstätten der Nutzungsberechtigte.</p> <p>5. Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen und sonstigen Grabausstattungen gefährdet, so ist der/die Verantwortliche (Absatz 3) verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzug kann die Stadt auf Kosten des Verantwortlichen Sicherungsmaßnahmen (z. B. Umliegung von Grabmalen, Absperrungen) treffen. Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Stadt nicht beseitigt, so ist die Gemeinde berechtigt, dies auf Kosten des Verantwortlichen zu tun oder nach dessen Anhörung das Grabmal oder die sonstige Grabausstattung zu entfernen. Die Stadt bewahrt die Sachen drei Monate auf. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, so genügt ein</p>	<p>befestigen. Die Fundamentierung ist so auszuführen, dass beim Ausheben von Nachbargräbern, auch bei Tiefbettungen, die Standsicherheit nicht beeinträchtigt wird. Die Fundamente dürfen weder auf Nachbargräber noch auf Friedhofswege übergreifen. Stein, Sockel und Fundament sind ihrer Größe entsprechend miteinander zu verübeln.</p> <p>2. Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen und sonstigen Grabausstattungen gefährdet, so ist der/die Verantwortliche (Absatz 3) verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzug kann die Stadt auf dessen Kosten Sicherungsmaßnahmen (z. B. Umliegung von Grabmalen, Absperrungen) treffen. Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Stadt nicht beseitigt, so ist die Stadt berechtigt, im Wege der Ersatzvornahme nach den gesetzlichen Bestimmungen den ordnungswidrigen Zustand zu beseitigen. Ist der/die Verantwortliche nicht bekannt oder nicht zu ermitteln, so wird die schriftliche Aufforderung zur Mängelbeseitigung bzw. die Ankündigung der Ersatzvornahme durch einen Hinweis auf der Grabstätte für die Dauer von zwei Monaten ersetzt. Die Stadt bewahrt die entfernten</p>
--	---	--

	sechswöchiger Hinweis auf der Grabstätte	Sachen drei Monate auf. 3. Verantwortlich für die Einhaltung der Abs. 1 und 2 ist bei Reihengräbern der/die Verfügungsberechtigte, bei Wahlgräbern der/die Nutzungsberechtigte.
§ 20 Entfernung	<p>1. Grabmale und sonstige Grabausstattungen dürfen vor Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts nur mit vorheriger Zustimmung der Stadt von der Grabstätte entfernt werden.</p> <p>2. Nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts sind die Grabmale und die sonstigen Grabausstattungen zu entfernen. Wird diese Verpflichtung trotz schriftlicher Aufforderung der Stadt innerhalb einer jeweils festzusetzenden abgemessenen Frist nicht erfüllt, so kann die Stadt die Grabmale und die sonstigen Grabausstattungen im Wege der Ersatzvornahme nach dem Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz selbst entfernen; § 19 Abs. 2 Satz 5 ist entsprechend anwendbar. Die Stadt bewahrt die Sachen 3 Monate auf.</p> <p>3. Wird die Entfernung trotz schriftlicher Aufforderung der Stadt nicht vorgenommen, so kann die Stadt im Wege der Ersatzvornahme nach den gesetzlichen Bestimmungen die Entfernung veranlassen.</p>	<p>1. Grabmale und sonstige Grabausstattungen sind nach Ablauf oder nach vorzeitiger Rückgabe des Nutzungsrechts vom Nutzungsberechtigten zu entfernen. Vor diesem Zeitpunkt bedarf es hier zu einer schriftlichen Genehmigung der Stadt.</p> <p>2. Nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts sind die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen zu entfernen. Sind die Grabmale oder die sonstigen baulichen Anlagen nicht innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts entfernt, fallen sie entschädigungslos in die Verfügungsgewalt der Stadt.</p> <p>3. Wird die Entfernung trotz schriftlicher Aufforderung der Stadt nicht vorgenommen, so kann die Stadt im Wege der Ersatzvornahme nach den gesetzlichen Bestimmungen die Entfernung veranlassen. Der Nutzungsberechtigte hat die Kosten der Ersatzvornahme nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zu tragen.</p>
§22 Vernachlässigung der Grabpflege	1. Wird eine Grabstätte nicht angelegt oder gepflegt, hat der/die Verantwortliche auf schriftliche Aufforderung der Stadt die Grabstätte innerhalb einer angemessenen	1. Wird eine Grabstätte nicht angelegt oder gepflegt, hat der/die Verantwortliche auf schriftliche Aufforderung der Stadt die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist herzurichten. Ist

	<p>Frist herzurichten. Ist der/die Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, so genügt ein dreimonatiger Hinweis auf der Grabstätte. Wird die Aufforderung nicht befolgt, so können Reihengrabstätten und Urnenreihengrabstätten von der Stadt abgeräumt, eingeebnet und eingesät werden. Bei Wahlgrabstätten und Urnenwahlgrabstätten kann die Stadt in diesem Fall die Grabstätte im Wege der Ersatzvornahme nach dem Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz in Ordnung bringen lassen oder das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen. In dem Entziehungsbescheid ist der Nutzungsberechtigte aufzufordern, das Grabmal und die sonstigen Grabausstattungen innerhalb von drei Monaten nach Unanfechtbarkeit des Entziehungsbescheids zu entfernen.</p>	<p>der/die Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, so genügt ein dreimonatiger Hinweis auf der Grabstätte. Wird die Aufforderung nicht befolgt, kann die Stadt auf Kosten des Nutzungsberechtigten die Grabstätte anlegen lassen bzw. pflegen.</p>
<p>§22a Gärtnergepflegte Grabfelder</p>	<p>§ 22a Gärtnergepflegte Grabfelder</p> <p>1. Die Stadt kann Dienstleistungskonzessionen mit dem Inhalt vergeben, dass private Dienstleister (Konzessionsnehmer) mit dem unentgeltlichen Anlegen und/oder Unterhalten abgegrenzter Teile von Friedhöfen (gärtnergepflegte Grabfelder) betraut werden. Zusätzlich kann eine Konzessionsabgabe an die Stadt vereinbart werden.</p> <p>2. Dem Konzessionsnehmer wird das Recht eingeräumt und die Pflicht auferlegt, Dauergrabpflegeverträge mit allen Dritten abzuschließen, die eine im Übrigen nach dieser Satzung zulässige Nutzungsberechtigung an den Gräbern in den gärtnergepflegten Grabfeldern anstreben (Begründung, Erneuerung, Verlängerung der Nutzungsberechtigung). Entsprechendes gilt hinsichtlich der Zustimmung zum Eintritt einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers des Nutzungsberechtigten in die Nutzungsberechtigung. Die</p>	

	<p>Dauergrabpflegeverträge müssen eine Klausel enthalten, nach der beiden Seiten (Konzessionsnehmer und nutzungsberechtigtem Dritter) ein bedingungsloses Kündigungsrecht zusteht für den Fall, dass die Dienstleistungskonzession – gleich aus welchem Grund – endet (insbesondere Nichtverlängerung der Konzession). Im Übrigen muss – soweit gesetzlich zulässig – in den Dauergrabpflegeverträgen jede andere Kündigungsmöglichkeit ausgeschlossen werden.</p> <p>3. Die Stadt wird Grabnutzungsrechte in gärtnergepflegten Grabfeldern nur einräumen, verlängern oder erneuern, wenn der Abschluss eines entsprechenden Dauergrabpflegevertrages für die gesamte Nutzungsdauer nachgewiesen ist.</p> <p>4. Insgesamt dürfen auf jedem Friedhof die gärtnergepflegten Grabfelder insgesamt maximal 20 % der jeweiligen Friedhofsfläche einnehmen.</p> <p>5. Die Rechte und Pflichten der Nutzungsberechtigten, insbesondere die Pflichten aus den Abschnitten V. und VI. dieser Satzung, bleiben unberührt. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass der Konzessionsnehmer seine Pflichten aus dem jeweiligen Dauergrabpflegevertrag nicht oder nicht ausreichend erfüllt oder dass die Dienstleistungskonzession endet.</p>	
§ 23 Trauerhallen		3. Musik- und Gesangsdarbietungen in den Trauerhallen bedürfen der Zustimmung der Stadt.
§ 27 Ordnungswidrigkeiten	1. Nach § 142 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg sowie § 49 Abs. 3 Nr. 2 des Gesetzes über das Friedhofs- und Leichenwesen (Bestattungsgesetz) handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig:	1. Nach § 142 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg sowie § 49 Abs. 3 Nr. 2 des Gesetzes über das Friedhofs- und Leichenwesen (Bestattungsgesetz) handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder

	<p>a. die Friedhöfe entgegen der Vorschriften des § 3 außerhalb der festgesetzten Öffnungszeiten oder entgegen einem Betretungsverbot betritt,</p> <p>b. sich auf Friedhöfen nicht der Würde des Ortes entsprechend verhält oder die aufgrund von § 4.2.8 getroffenen Weisungen des Friedhofspersonals nicht befolgt,</p> <p>c. entgegen den Verboten des § 4.2.1. den Friedhof befährt,</p> <p>d. entgegen § 4.2.2 Tiere mitführt, ausgenommen Blindenhunde</p> <p>e. entgegen § 4.2.4 Pflanzungen oder Grabstätten betritt,</p> <p>f. entgegen § 4.2.5 Abfälle entsorgt,</p> <p>g. entgegen § 4.2.6 Waren, insbesondere Kränze und Blumen oder sonstige gewerbliche Leistungen anbietet,</p> <p>h. entgegen § 4.2.7 Druckschriften verteilt,</p> <p>i. eine gewerbliche Tätigkeit auf den Friedhöfen nach § 5 Abs. 1 und 2 ohne Zulassung ausübt oder gegen die Vorschriften des § 5 Abs. 3 und 4 verstößt,</p> <p>j. Särge verwendet, die den Anforderungen des § 7 Abs. 1, 2, 3 und 4 nicht entsprechen.</p> <p>k. der Anmeldepflicht nach § 6 Abs. 3 nicht nachkommt,</p> <p>l. Umbettungen nach § 9 Abs. 1 und 2 ohne die erforderliche Zustimmung bzw. Antrag vornimmt oder nach § 9 Abs. 3 selbst vornimmt.</p> <p>m. Gegen die Gestaltungsvorschriften des § 14 Abs. 1-6 zuwider handelt,</p> <p>n. als Verfügungs-, Nutzungsberechtigte/r oder sonst Verantwortliche/r oder als Gewerbetreibende/r Grabmale oder sonstige Grabausstattungen ohne Genehmigung errichtet, verändert oder entfernt (§ 15 Abs. 1),</p> <p>o. Grabmale und sonstige Grabausstattungen nicht in stand- und verkehrssicherem Zustand hält (§ 16 Abs. 1),</p> <p>p. die in § 18 Abs. 1-4 festgelegten Verpflichtungen zur Anlage oder Pflege der Grabstätten nicht erfüllt.</p> <p>2. Ordnungswidrig handelt auch, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer aufgrund dieser Friedhofsordnung ergangenen vollziehbaren Anordnung</p>	<p>fahrlässig:</p> <p>1.1. die Friedhöfe entgegen der Vorschriften des § 3 außerhalb der festgesetzten Öffnungszeiten oder entgegen einem Betretungsverbot betritt,</p> <p>1.2. sich auf Friedhöfen nicht der Würde des Ortes entsprechend verhält oder die aufgrund von § 4.2.8 getroffenen Weisungen des Friedhofspersonals nicht befolgt,</p> <p>1.3. entgegen den Verboten des § 4.2.1. den Friedhof befährt,</p> <p>1.4. entgegen § 4.2.2 Hunde mitführt,</p> <p>1.5. entgegen § 4.2.4 Pflanzungen oder Grabstätten betritt,</p> <p>1.6. entgegen § 4.2.5 Abfälle entsorgt,</p> <p>1.7. entgegen § 4.2.6 Waren, insbesondere Kränze und Blumen oder sonstige gewerbliche Leistungen anbietet,</p> <p>1.8. entgegen § 4.2.7 Druckschriften verteilt,</p> <p>1.9. entgegen § 4.2.8 Lärm verursacht,</p> <p>1.10. eine gewerbliche Tätigkeit auf den Friedhöfen nach § 5 Abs. 1 und 2 ohne Zulassung ausübt oder gegen die Vorschriften des § 5 Abs. 3 und 4 verstößt,</p> <p>1.11. Särge verwendet, die den Anforderungen des § 7 Abs. 1, 2, 3 und 4 nicht entsprechen.</p> <p>1.12. der Anmeldepflicht nach § 6 Abs. 3 nicht nachkommt,</p> <p>1.13. Umbettungen nach § 9 Abs. 1 und 2 ohne die erforderliche Zustimmung bzw. Antrag vornimmt oder nach § 9 Abs. 3 selbst vornimmt.</p> <p>1.14. Gegen die Gestaltungsvorschriften des § 14 Abs. 1-6 zuwider handelt,</p> <p>1.15. als Verfügungs-, Nutzungsberechtigte/r oder sonst Verantwortliche/r oder als Gewerbetreibende/r Grabmale oder sonstige Grabausstattungen ohne Genehmigung errichtet, verändert oder entfernt (§ 15 Abs. 1),</p> <p>1.16. Grabmale und sonstige Grabausstattungen nicht in stand- und verkehrssicherem Zustand hält (§ 16 Abs. 1),</p> <p>1.17. die in § 18 Abs. 1-4 festgelegten Verpflichtungen zur Anlage oder Pflege der Grabstätten nicht erfüllt.</p>
--	---	---

	<p>der Friedhofsverwaltung zuwider handelt.</p> <p>3. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden.</p>	<p>2. Ordnungswidrig handelt auch, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer aufgrund dieser Friedhofsordnung ergangenen vollziehbaren Anordnung der Friedhofsverwaltung zuwider handelt.</p> <p>3. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden.</p>
Inkrafttreten	<p>1. Diese Friedhofsordnung tritt am in Kraft.</p> <p>2. Gleichzeitig tritt die Friedhofsordnung der Stadt Emmendingen vom 08.06.2012 außer Kraft.</p>	<p>1. Diese Friedhofsordnung tritt am 08.06.2012 in Kraft.</p> <p>2. Gleichzeitig tritt die Friedhofsordnung der Stadt Emmendingen vom 21.04.2010 außer Kraft.</p>

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

Friedhofsordnung